

ÜBER DIE VERTEILUNGSPOLITIK

Ungerecht behandelt

Sparen bei den Ärmsten und Kassieren von der arbeitenden Bevölkerung – das ist allzuoft das Motto. Die KPÖ verlangt mehr Gerechtigkeit.

dene Tarifierhöhungen immer mehr aus den Menschen herauszupressen, zugleich aber bei sozialen Dienstleistungen die Daumenschrauben anzusetzen und den Rotstift zum Dirigenten zu machen.

Schikanen

Die KPÖ versucht das zu verhindern. Eine korrekte Auszahlung der offenen Sozialhilfe würde – so hat man berechnet – nur 1,5 Prozent des Budgets des Sozialhilfverbandes ausmachen. Dennoch kommt es bei derart kleinen Summen zu Schikanen und Ungerechtigkeiten.

Mehrbelastung

Es ist richtig, dass die Kommunen mehr Geld brauchen, aber dies sollte nicht durch eine Mehrfachbelastung der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung geschehen, sondern durch eine geänderte Budgetverteilung im Finanzausgleich und durch die Erschließung neuer Einnahmequellen.

Eine Reichensteuer für Euro-Millionäre würde viel Geld in die Kasse spülen. Und die von der KPÖ im Landtag geforderte Erhöhung der Spielautomatenabgabe hätte dem Land zweistellige Millionenbeträge gebracht, auch die Kommunen hätten durch größere Lustbarkeitsabgaben profitiert.

Dieser Antrag wurde von SPÖ und ÖVP wider jede Logik niedergestimmt. Eine Pikanterie am Rande ist übrigens, dass der Bürgermeister der Stadt Bruck, Bernd Rosenberger, SPÖ, Vorsitzender des Sozialhilfverbandes des Bezirkes ist.

Immer wieder müssen wir von der KPÖ einschreiten, wenn im Bezirk Menschen, mit denen es das Leben nicht so gut gemeint hat, ungerecht behandelt werden.

Von „Oben“ angeregt

Oftmals kommt es etwa zu Ungenauigkeiten oder absichtlicher Diskriminierung bei der Auszahlung der offenen Sozialhilfe. Zumindest in einigen Gemeinden liegt der Verdacht nahe, dass dies „von Oben“ angeregt wird, um dem Sozialhilfverband Geld zu sparen.

Der Sozialhilfverband wird nämlich zu 40 Prozent von den Kommunen mitfinanziert und trägt neben der Sozialhilfe auch beispielsweise Kosten der Pflegeheime und Ähnliches. Nun steigen einerseits laufend die Kosten für die Pflegeheime und damit auch die notwendigen Zuschüsse durch die Gemeinden, andererseits haben die Kommunen durch die Wirtschaftskrise – aber auch durch eine falsche Prioritätensetzung im Finanzministerium und im Land – immer weniger Einnahmen bei steigenden Mehrkosten.

Höhere Gebühren

Es gibt nun Gemeinden, die sich einer „Sachzwang-Politik“ unterwerfen, welche darin besteht, durch verschie-



wikimedia: andreas garger

Brucker Rathaus: Sparen bei der Sozialhilfe?

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung
finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!
Telefonische Anfragen unter

**Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg
Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at



in Stadt
+ Land

kapfenberg
KPÖ